

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wie wir bereits im Integrationsrat dargelegt, haben, werden wir dieser Vorlage nicht zustimmen.

Wir haben ursprünglich die Forderung unterstützt, einen muslimischen Vertreter in den Kinder- und Jugendhilfe-Ausschuss zu entsenden. Wir haben dies auch ein Stück weit gegen unsere Überzeugung getan - das war sozusagen ein Entgegenkommen unsererseits.

Wie Sie wissen ist die LINKE dafür, anstatt eines konfessionellen Religionsunterrichtes endlich einen Ethikunterricht einzuführen, im Rahmen dessen man sich mit philosophischen, weltanschaulichen und religiösen Problemen beschäftigen könnte. Kinder und Jugendliche hätten so die Möglichkeit auch andere Kulturen, andere Religionen und Weltanschauungen kennenzulernen. Auf diesem Wege wäre eine Erziehung zu Verständnis und Toleranz gegenüber anderen Einstellungen zu erreichen. Ein solcher Unterricht brächte vielleicht einige Teilnehmer dazu, sich von Vorurteilen und allzu festgefügten Weltbildern zu trennen und sich auch selbst in Frage zu stellen. Es wäre ein Ansatz, der auch dazu anregte, sich kritisch mit der eigenen Religion und dem eigenem Denken auseinanderzusetzen.

Somit war die damalige Zustimmung zu der Vorlage aus der Tatsache entsprungen, dass wir uns als Fraktion auf den Standpunkt gestellt hatten, dass, wenn die christliche und jüdische Gemeinschaft einen Vertreter in den Ausschuss entsendet, dann gleiches Recht für alle gelten sollte und auch die Muslime einen Vertreter entsenden können sollten.

Diese Zustimmung ist aber von unserer Seite sehr lange vor den unschönen Ereignissen der letzten Monate ausgesprochen worden und wir denken, das haben wir mehrfach betont, dass wir nach diesen Ereignissen nicht so weitermachen können wie bisher. Bei diesen inhaltlichen Problemen, die gravierend sind, wie sich gezeigt hat, kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und über Formalia diskutieren.

Bei den momentanen Kräfteverhältnissen in den Moscheegemeinden scheint es wohl unausweichlich, dass sich hier bestimmte ultrakonservative Kreise bei der Wahl durchsetzen werden, deren Vorstellung von Demokratie massiv von dem hierzulande Üblichen abweicht. Mir scheinen die Moscheegemeinden momentan weit davon entfernt zu sein, Religion und Politik auseinanderzuhalten, wie das gemeinhin so schön nach außen kommuniziert wird.

Es geht hier keineswegs um Petitessen. Ich darf noch einmal daran erinnern, was unserer Fraktion aus den Moscheegemeinden selber zugetragen wurde: Es wurden Mitglieder eingeschüchert und als Vaterlandsverräter beschimpft, die sich kritisch zu Präsident Erdogan geäußert hatten. Sie wurden bedroht und man hat sie mit Boykottaufrufen überzogen. Es hat Morddrohungen gegen LINKE Abgeordnete

gegeben und übelste Beschimpfungen auf der untersten Schiene. Die UETD hat offenbar ungehinderten Zugang auch zu Ditib-Gemeinden. Die UETD hat massiv den Wahlkampf für Präsident Erdogan und das Referendum unterstützt. Es war auch den Veröffentlichungen zu entnehmen, dass die UETD Holocaustleugner zu ihren Veranstaltungen eingeladen hat. Die Landesplattform der Ditib-Gemeinden hat einen Märtyrer-Comic geteilt. Die UETD lässt einen Post durch ihr Vorstandsmitglied zu, dass er sich für die Todesstrafe ausspricht und die UETD Ruhr teilt diesen Post zustimmend. Es gab aus diesen Kreisen auch Morddrohungen gegen Mitglieder der Gülen-Bewegung. Es hat in den Moscheegemeinden erwiesenermaßen Bespitzelungen gegeben und Aufrufe dazu.

Ich habe von keiner Initiative gehört, dass man sich nach all diesen Vorfällen stärker von der Religionsbehörde distanzieren möchte. Solange solche Differenzen auch über das, was Demokratie bedeutet, existieren, kann man nicht munter, als sei nichts vorgefallen, über Formalia der Wahl abstimmen. Das ist grotesk! Dies sollte vielmehr ein ausreichender Grund sein, über das eingeschlagene Prozedere zu diskutieren.

Es wird immer offensichtlicher, dass die Moscheegemeinden keine unabhängigen Institutionen sind. Undemokratische Gesinnungsschnüffelei, Blockwartmentalität und moralinsaure Tugendwächerei möchten wir als LINKE weder in den migrantischen Communities noch in der Mehrheitsgesellschaft sehen. Und wir möchten auch nicht, dass solche Tendenzen Eingang in den Kinder- und Jugendhilfe-Ausschuss finden und sei es auch nur in Form eines beratenden Mitgliedes.

Was jetzt nottut, ist, die Menschen in den Moscheegemeinden zu unterstützen, die diese Entwicklungen äußerst kritisch sehen. Mit einer Zustimmung zu dieser Vorlage tun wir genau das nicht, sondern im Gegenteil: wir lassen sie in unverantwortlicher Weise im Regen stehen und verharmlosen in skandalöser Weise die bisherigen Vorkommnisse. Das ist natürlich bequemer, hat aber mit Zivilcourage nichts zu tun.